

Berlin, 31.01.26
Autor*in: Bundesvorstand

Q&A zu Mercosur

Die Abstimmung über die Anrufung des EuGH in der vergangenen Woche hat viele Fragen aufgeworfen, die Euch sicher auch in den Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern gestellt werden. Hier sind ein paar Hintergründe und Antwortvorschläge.

Was ist Mercosur überhaupt?

Mercosur ist ein südamerikanischer Wirtschaftsverbund aus Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay. Die EU verhandelt seit über 20 Jahren mit diesen Ländern über ein Freihandelsabkommen.

Unsere Position in aller Kürze: Wir Grüne sind FÜR das Mercosur-Abkommen und werden ihm zustimmen.

Was bringt das Mercosur-Abkommen?

Das Abkommen mit den Mercosur-Ländern schafft eine der weltweit größten Freihandelszonen mit über 700 Millionen Verbraucher*innen. Es wird europäischen und lateinamerikanischen Unternehmen neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen und beide Seiten unabhängiger von China und den USA machen. Für bestimmte Güter, gerade landwirtschaftliche, gibt es aber weiter Begrenzungen für den Handel.

Die europäischen Exporte in die Mercosur-Länder werden laut Schätzungen der EU-Kommission um 39% steigen. Das sind 49 Milliarden Euro mehr pro Jahr. Dies sichert auch Hunderttausende von Arbeitsplätzen in Europa.

Das Abkommen führt zur Abschaffung von 91% der Zölle auf europäische Produkte. Zölle wirken - wie andere Faktoren auch- als Handelshürden. Durch die Senkung der Zölle - zum Beispiel auf europäische Autos von 35% auf 0% - werden europäische Produkte in Lateinamerika deutlich günstiger. Damit sind sie attraktiver im Vergleich zu Produkten aus anderen Ländern. Gerade der Maschinenbau wird davon profitieren.

Habt Ihr gegen Mercosur gestimmt?

Es gab noch keine Abstimmung über das Mercosur-Abkommen im EU-Parlament. Richtig ist: Letzte Woche haben die Grünen im Europaparlament mehrheitlich für eine rechtliche Prüfung des Abkommens durch den Europäischen Gerichtshof gestimmt. Das war keine Ablehnung von Mercosur. Wir Grüne haben die seit vielen Jahren laufenden Mercosur-

Verhandlungen vor allem aus Umwelt- und Klimaschutzgründen kritisch begleitet. Angesichts der Verhandlungserfolge in diesen Bereichen und auch angesichts der aktuellen geopolitischen Lage haben wir uns entschlossen, als Bündnisgrüne das Mercosur-Abkommen zu unterstützen.

Dass die Abstimmung als Blockade oder Verzögerung ankam, bedauern wir. Das war ein Fehler und hat zu Missverständnissen geführt.

Allerdings: Die Entscheidung bedeutet auch in der Praxis keine Blockade des Abkommens. Die EU-Kommission kann das Abkommen trotz der rechtlichen Prüfung vorläufig in Kraft setzen – und sie sollte das aus unserer Sicht jetzt umgehend tun.

Wenn die Abstimmung über das Abkommen ansteht, werden wir dem zustimmen.

Warum habt ihr den Europäischen Gerichtshof angerufen?

Die rechtliche Prüfung sollte klären, ob die Gestaltung des Abkommens mit den EU-Verträgen vereinbar ist. Das Verfahren ist nicht unüblich. Es war aber in Bezug auf Mercosur inhaltlich nicht unbedingt nötig und sicher das falsche Signal zur falschen Zeit.

Die rechtliche Prüfung verzögert zwar die Ratifizierung, hat aber zeitlich keinen Einfluss auf die vorläufige Anwendung. Auch bei anderen Abkommen ist eine vorläufige Anwendung üblich. CETA (EU-Kanada) ist beispielsweise seit 2017 vorläufig in Kraft und noch nicht vollständig ratifiziert.

Warum gab es bei der Mercosur-Abstimmung eine Mehrheit mit Rechtsextremen?

Es gab selbstverständlich keine beabsichtigte gemeinsame Abstimmung, irgendwelche Absprachen oder eine andere Form der Zusammenarbeit.

Dennoch war es ein politischer Fehler, dass die Mehrheit zur rechtlichen Prüfung des Mercosur-Abkommens nur durch Stimmen von Rechtsextremen zustande kam.

Grundsätzlich gilt: Das Europaparlament funktioniert nicht nach den Regeln von Regierung und Opposition, wo meist immer die gleichen Mehrheiten zustande kommen. Außerdem stimmen Fraktionen, wie in diesem Fall auch, oft nicht geschlossen ab, sondern nach nationalen Parteipräferenzen.

So kam es dazu, dass die Linken, die Mehrheit der Grünen, 24 Liberale, 24 Sozialdemokraten und 43 Konservative eine Mehrheit mit Rechtsextremen hatten. Nichtsdestotrotz hätte das nicht passieren dürfen. Um so etwas nachhaltig zu verhindern, braucht es ausgehandelte Kompromisse zwischen demokratischen Kräften. Alle Demokraten haben die Pflicht,

Kompromisse in der demokratischen Mitte zu finden und dafür auch die Extra-Meile zu gehen.

Die Kritik an der Europäischen Volkspartei bleibt dennoch berechtigt. Sie kooperiert gezielt in wichtigen Gesetzgebungsfragen mit rechtsextremen Parteien.

Ihr wart doch immer kritisch gegenüber Mercosur, warum seid Ihr jetzt dafür?

Kein Vertrag ist perfekt. Aber Mercosur ist ein gutes Abkommen. Gerade wir Grüne haben in der vergangenen Bundesregierung dafür gesorgt, dass sich das Abkommen bei Fragen des Klimas- und Naturschutzes sehen lassen kann.

Das Pariser Klimaschutzabkommen wurde als unverzichtbarer Bestandteil verankert. Das bedeutet: Wenn ein Land aus dem Pariser Abkommen austritt oder nicht "in guter Absicht" umsetzt, kann es dazu führen, dass einige oder alle Handelsvorteile durch das Abkommen ausgesetzt werden.

Außerdem konnten wir die Exportbedingungen für nachhaltig produzierte Waldprodukte verbessern. Bisher haben konventionelle Agrarprodukte wie Soja Zollvorteile, während nachhaltig gewonnene Produkte aus dem Regenwald benachteiligt waren. Diese Ungerechtigkeit konnten wir lindern. Das Mercosur-Abkommen enthält die Verpflichtung, Maßnahmen zum Schutz und Erhalt bestehender Waldflächen zu ergreifen.

Genauso wurden Verbesserungen bei Arbeitnehmerrechten und dem Schutz von regionalen Produkten und der europäischen Landwirtschaft erreicht. Die EU hat zudem Unterstützungsmechanismen für europäische Landwirte vorgesehen, um mögliche Nachteile abzufedern.

Die Schaffung verbindlicher Handelsregeln ist entscheidend, um mit Ländern wie den USA und China mithalten zu können. Und in diesem Wettbewerb stehen wir.

Unsere Position zu internationalen Handelsverträgen

Für uns Grüne ist klar: Wir brauchen internationale Zusammenarbeit auf Basis gemeinsamer Regeln. Das bedeutet Kompromisse. Wir setzen uns für grüne Ziele ein, wissen aber auch, dass das Bestehen auf Maximalforderungen jede Einigung – und damit internationale Zusammenarbeit als solche – verhindern würde.

Die Globalisierung hat zu Wohlstandsgewinnen, technologischem Fortschritt und der Hebung von Millionen Menschen aus der Armut beigetragen. Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass die Intensivierung des Welthandels ohne ausreichende sozial-ökologische Leitplanken unbeabsichtigte negative Folgen hatte. Der Klimawandel und der Raubbau an der

Biodiversität, etwa im Regenwald, sind auch Konsequenzen der weltweiten Verbreitung nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster.

Deshalb fordern in Lateinamerika und Europa viele Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und kritische Wissenschaftler*innen, dass Handelsverträge verbindliche Nachhaltigkeitsstandards enthalten. Ihr Anliegen ist nicht die Abkehr vom internationalen Handel, sondern dessen ökologische und soziale Modernisierung, um so die wirtschaftlichen Chancen internationaler Partnerschaften mit dem Schutz unserer Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen.

Wir respektieren zudem, dass unsere Partnerländer eigene Interessen und Sichtweisen haben und diese selbst vertreten. Wichtig ist uns, dass auf beiden Seiten Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in die Verhandlungen eingebunden werden.